

# Wahlprogramm DIE LINKE zur Kommunalwahl 2014 in Gütersloh



Für soziale Gerechtigkeit und  
umfassende Demokratie  
vor Ort!

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Gütersloh

**DIE LINKE** steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die einzige Alternative zu allen unsozialen Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

**DIE LINKE** steht für eine Demokratisierung und Re-Kommunalisierung – eine Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden des Landes leben.

**DIE LINKE** steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen. Die Zukunftsgestaltung von Städten darf nicht in Partezirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche mit wirtschaftlich starken Lobbyisten ausgehandelt werden.

**DIE LINKE** steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inkludierende Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in denen alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht oder Hautfarbe darf kein Hemmnis sein, sondern soll und muss vielmehr im Gegenteil eine Bereicherung der -kulturellen- Vielfalt sein.

**DIE LINKE** steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben, die in der jeweiligen Kommune ihren Lebensmittelpunkt haben und es wollen. Wir haben uns vielerorts erfolgreich gegen weitere Privatisierungen gewehrt und uns für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung eingesetzt.

Trotzdem: Das Leben in der Kommune verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos

sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU erleben wir allerorten eine Spaltung der Gesellschaft. Die Menschen in den Städten und Gemeinden von Griechenland bis Portugal leiden unter einer europäischen (Finanz-) Politik, die soziale Errungenschaften und Löhne drastisch kürzt. Gleichzeitig wird Banken und Managern durch staatliche Subventionen und Steuergelder von allen eine mehr als auskömmliche Existenz gesichert. Auch hier sind wir als LINKE die Alternative und sagen: Ein anderes Europa ist möglich!

Wir kämpfen – europaweit- dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Immer mehr Menschen gelangen zur Auffassung, dass „wählen gehen“ nutzlos ist. Gerade diese Menschen sprechen wir an: Wir, DIE LINKE, setzen wir uns genau für die Interessen derjenigen ein, denen es finanziell schlecht geht, die erwerbslos oder gar krank sind. Wir streiten auch weiterhin gegen CDU-FDP-SPD-Grüne dafür, dass für alle eine gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert wird, in jeder Stadt und auch in Europa, während in der EU die Entdemokratisierung und Bevormundung immer größer wird.

**Wir wollen eine soziale, lebenswerte und demokratische Stadt.**

## Inhalt

1. Gütersloh gehört uns allen!	5
2. Wirtschaft und Arbeit	6
- Öffentlich ! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen	
- Fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	
- Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit schaffen	
3. Stadtentwicklung, Planen und Bauen:	16
- Für eine lebenswerte, soziale Stadt	
4. Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten	20
5. Verkehr	
- Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität!	
6. Umwelt und Energie:	25
- Global denken, lokal lenken: Energiewende demokratisch, sozial und ökologisch gestalten	
- Energiewende jetzt	
7. Kultur	30
- Kultur für Alle!	
8. Bildung	34
- Bildung und Ausbildung: ein universelles Menschenrecht!	
- Gute Schule für Alle! - Grundschule -Sekundarstufe I - Sekundarstufe II	
- Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren - Inklusion im Bildungsbereich	
- Schulentwicklung - Kommune als Träger von Ausbildung - Weiterbildung – VHS	
- Zusammenarbeit Kommune-Hochschule	
9. Jugend	44
- Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche	
- Für die Rechte der Jugend!	
10. Sport und Freizeit	47
- Sport ist Lebensqualität.	
11. Gesundheit, Pflege und Soziales	49
12. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	53
13. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	59
14. Altern in Würde	61
15. Kommunale Friedenspolitik	62
16. Kommunale Demokratie	64
17. Für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen vor Ort	66

## 1. Gütersloh gehört uns allen!

Wir wollen, dass Menschen in Gütersloh besser leben können, und sind daher für „Eine Stadt für Alle“, denn soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Gerade in der Kommune, die den Menschen politisch am Nächsten ist, bietet sich die Möglichkeit direkt demokratisch und politisch Einfluss zu nehmen und Dinge zu verändern oder umzusetzen.

### **DIE LINKE Gütersloh setzt sich ein für:**

- Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, nachhaltige Gesundheitsfürsorge, Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, umweltfreundliche Mobilität, vielfältige Kultur und Freizeit für alle, ökologische und natürliche Lebensbedingungen, kurze Wege für Jung und Alt.
- Grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung.
- Bekämpfung der Hartz-Gesetze und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen.
- Teilhabe statt Ausgrenzung und Diskriminierung: Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und für Flüchtlinge.
- Chancengleichheit bei sozialer und schulischer Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen.
- Umfassende demokratische Mitwirkung, denn die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen beteiligt sein.

## 2. Wirtschaft und Arbeit

### Öffentlich ! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Effektive und preiswerte Dienstleistungen und Güter von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden aufgrund von Globalisierung, europäischer Integration und neo-liberalem Wettbewerb immer seltener.

Seit Jahren kämpft DIE LINKE Gütersloh dafür, dass städtische Unternehmen nicht für Gewinninteressen privatisiert werden, weil sonst notwendige Investitionen unterbleiben oder hinausgezögert werden. Inzwischen werden, nicht nur in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger. Deshalb werden auch wieder zunehmend kommunale Unternehmen gegründet.

Viele Städte sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie wurden zum Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird. Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus, der u.a. die Kommunen mit stabilen Steuereinnahmen ausstattet. Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen müssen die Grund- und Gewerbesteuer grundlegend erneuert werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden.

Wir unterstützen die Forderung nach einem Solidarbeitrag für finanziell angeschlagene Kommunen in Deutschland. Diesen „Soli“ sollen aber nicht wieder die Bürgerinnen und Bürger finanzieren, sondern in erster Linie Reiche und Erben von Millionen-Vermögen. DIE LINKE Gütersloh

setzt sich für ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfond für die stark überschuldeten Städte und Gemeinden. DIE LINKE Gütersloh verteidigt die kommunale Selbstverwaltung gegen die Zwangsverwaltung der Regierungspräsidien.

Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs lehnen wir ab, denn diese Einnahmen werden nur abgewälzt und belasten zusätzlich erneut Menschen, die in Mietwohnungen leben.

Durch öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wohnen, Ver- und Entsorgung, Sparkassen) besteht die Möglichkeit, den Warencharakter dieser Dienste zurückzudrängen und die Kostenstrukturen um den Gewinnaufschlag zu entlasten; die Preise müssen wieder den Charakter von Gebühren annehmen, die im Rat festgelegt werden.

Die öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und bei Transparenz ihrer Gremien. Die Rechtsform öffentlicher Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung – auch durch Minderheitsbeteiligungen – aus. Stattdessen können verschiedene öffentliche Träger Eigentümer sein. DIE LINKE Gütersloh setzt sich heute schon für jeden Schritt in diese Richtung ein: Rekommunalisierung statt Privatisierung, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte usw.

Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der Ansiedlung von Unternehmen, oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Mit diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selber nicht schaffen kann, wird arbeitsteiliges Wirtschaften erst ermöglicht.

Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuerersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städte- und Ländergrenzen hinweg. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Gewerbe. Wenn eine Stadt einer anderen eine Gewerbeansiedlung vermittelt, weil

sie die entsprechende Flächen nicht zur Verfügung stellen kann, können sich die Kommunen in den ersten Jahren die Gewerbesteuer teilen.

DIE LINKE Gütersloh will die Probleme von besonders benachteiligten Stadtteilen stärker berücksichtigen. Hier gilt es, Konzepte "lokaler Ökonomie" zu fördern. Wir sind für die Förderung von lokalen Genossenschaften, da sie eine direkte Einflussnahme ermöglichen. Außerdem treten wir für eine Unterstützung für Start-up-Unternehmen ein und die Bereitstellung von Ressourcen wie Kunstateliers und Handwerkerhöfen für Freischaffende sowie Jungunternehmen.

Stadtentwicklung, die nur auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung und prekären Beschäftigungsverhältnissen konzentriert (Handel und Logistik), lehnen wir ab. Hier sollte die Schaffung produktiver Arbeitsplätze Vorrang haben. Außerdem muß in einer älter werdenden Gesellschaft die Nahversorgung erhalten und langfristig gewährleistet werden, vor allem bei Infrastruktureinrichtungen und Mobilität. Wir fördern Ansätze zum Personenverkehr ohne Auto bis hin zum fahrscheinlosen ÖPNV-Angebot für alle.

DIE LINKE Gütersloh ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes in kommunaler Regie. Wir unterstützen modellhafte Initiativen, die von Ratsfraktionen, den Gewerkschaften und den Kirchen unterstützt werden.

### **DIE LINKE Gütersloh setzt sich weiterhin ein für:**

- Eine grundlegende Entschuldung, eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent und eine Gegenfinanzierung nach den Bundestagswahlen 2013 durch die Einführung einer Millionärssteuer sowie eine höhere Erbschaftssteuer, um die öffentlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken.
- Ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen.



- Verbleib der Stadtwerke in öffentlicher Hand. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt und die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden.
- Die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Die Energieversorgung muss öffentliches Eigentum sein.
- Kommunale Krankenhäuser als notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung.
- Eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten.
- Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Sicherheit, Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen.
- Den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Folgen der Pleite und Auflösung der Westdeutschen Landesbank, jetzt Portigon AG, dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden.
- Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab.
- Kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen.
- Die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt.
- Die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und der damit verbundenen Gewerbesteuerenkungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt.
- Die Neuausrichtung der Grundsteuer unter verstärkter Berücksichtigung

sichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange. Dazu werden die längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst.

- Eine soziale Stadt für alle, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und gegen den Umbau der öffentlichen Verwaltung zu einem Konzern.
- Die Orientierung des kommunalen Haushaltes im neuen Finanzmanagement (NKF) auf eine verursachungsgerechte Verbuchung von Ressourcenverbrauch im jeweiligen Haushaltsjahr. Dies darf nicht zu dem falschen Schluss führen, dass ausschließlich Haushaltsstabilität Generationengerechtigkeit garantiert. Das Vorhalten einer leistungsstarken kommunalen Infrastruktur ist schließlich auch im Interesse kommender Generationen. Die sogenannten Abschreibungen sollen die Mindesthöhe kommunaler Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur ausweisen. Die Dokumentation des kommunalen Eigenkapitals in der allgemeinen Rücklage als Beleg für die tatsächliche Finanzkraft der Kommunen kann außerdem helfen, die neoliberale Phobie vor fremdkapitalfinanzierten Infrastrukturinvestitionen zurückzudrängen.
- Ein Verbot des Einsatzes von Zinsderivaten in der kommunalen Finanzwirtschaft, weil dadurch kaum abzuschätzende Risiken entstehen und eine Ablehnung von sog. PPP (Public Private Partnership) Modellen.

## **Fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

Neoliberale Politik hat in den letzten Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass massive Arbeitsplatzvernichtung stattgefunden hat, die auch nicht annähernd durch Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden konnte. Was in früheren Jahren noch durch eine andere Arbeitsmarktpolitik und ein System von Existenz sicherndem Arbeitslosengeld bzw. -hilfe aufgefangen werden konnte, hat durch Hartz IV in vielen Städten zu einer dramatischen Abwärtsspirale geführt.

Diese neoliberale Entwicklung war gleichzeitig davon gekennzeichnet, dass auch im Öffentlichen Dienst und in kommunalen Betrieben ein erheblicher Stellenabbau erfolgte, so dass seit 1990 mehr als 50% aller

ehemaligen Normalarbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor vernichtet wurden. Um jedoch das kommunale Angebot des auf diese Weise „verschlankten Staates“ zumindest teilweise aufrecht zu erhalten, wurden weite Teile bisheriger öffentlicher Beschäftigung durch 1 €-Jobber, befristete Arbeitsverhältnisse und Zunahme prekärer Beschäftigung aller Art ersetzt. Die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit wurde demgegenüber weitestgehend dem Hartz IV-Regime in Gestalt der Jobcenter überlassen, die jedoch eher Arbeitslosigkeit verwalten, als arbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die seit Jahren erfolgten drastischen Sparmaßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben ihren Teil dazu beigetragen, dass weder von den Jobcentern noch von den Kommunen die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auch nur im Ansatz realisiert wird. Die Situation der kommunalen Haushalte durch Forderungen nach mehr Einnahmen, wie z.B. einer anderen Steuerpolitik, einer Reform der Gewerbesteuer, oder einem anderen Finanzausgleich zu verbessern, gewährleistet keinesfalls, dass damit auch ein Kurswechsel in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgt. Eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den Kommunen, die ihren Namen verdient, muss deshalb grundsätzlich eine entschiedene Absage an die bisherige neoliberale Arbeitsmarktpolitik enthalten und gleichzeitig aufzeigen, welche Weichen gestellt werden müssen, um mehr Beschäftigung in den Kommunen zu ermöglichen.

Ein Kurswechsel für mehr kommunale Beschäftigung sollte sich daran orientieren, mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst und einen öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen.

Der in den letzten Jahren verstärkt erfolgte Personalabbau im Öffentlichen Dienst hat in den Kommunen zu einer erheblichen Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt. Ob in den Schulen, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen oder in der Sozialarbeit, in zahlreichen Feldern wurde Personal ausgedünnt oder gänzlich abgebaut. Insbesondere der Öffentliche Dienst steht im Mittelpunkt neoliberaler Haushaltskonsolidierung, weil hier besonders hohe Einsparpotentiale vorhanden zu sein scheinen. Deshalb muss eine fortschrittliche Kommunalpolitik dafür eintreten, dass nicht nur jeglichem Personalabbau im Öffentlichen Dienst eine konsequente Absage erteilt wird, sondern im

Gegenteil die Forderung erheben, mehr Beschäftigung durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen zu schaffen.

Dem Öffentlichen Dienst kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil er privaten Gewinninteressen entzogen ist und grundsätzlich über die kommunalen Parlamente einer demokratischen Kontrolle unterliegt. Dafür ist es notwendig, dass mit einem kommunalen Beschäftigungsprogramm die soziale Infrastruktur u.a. in folgenden zentralen Bereichen verbessert wird.

### **DIE LINKE Gütersloh setzt sich weiterhin ein für:**

- Ausbau der Betreuung in den Ganztagschulen, wodurch ein nachhaltiger Beschäftigungseffekt erzielt würde.
- Einrichtung von Stadtteilzentren, in denen Sozialarbeit Hilfen aller Art anbietet.
- Schaffung von Pflegediensten, die sich im besonderen Maße der Altenbetreuung widmen.
- Neue Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtig, tariflich bezahlt und grundsätzlich unbefristet einzurichten.
- Konsequente Absage an 1 €-Jobs und stattdessen die Schaffung bzw. Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die sich vorrangig am Ausbau sozialer kommunaler Dienstleistungen orientieren.
- Die regelmäßige Erstellung eines öffentlichen Reichtums- und Armutsberichts durch die Kommune.
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen ausschließlich an Firmen, die besondere Kriterien erfüllen (keine Kinderarbeit, Tariflohnzahlung entsprechend dem Tariftreuegesetz etc.)
- Praktische und sozialverträgliche Umsetzung von KIBIZ im Erziehungsbereich.
- Vertragsverlängerung der Arbeitsverträge von Erziehern und Erzieherinnen.
- Keine befristeten Arbeitsverträge und Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in Dauerarbeitsverträge.
- Auf- und Ausbau öffentlicher Beschäftigung zu Tarifbedingungen!

## **Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit schaffen**

Für eine wirksame Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene ist es erforderlich, zunächst einmal die kommunalpolitischen Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Blick zu nehmen, da z.B. Hartz IV ein Bundesgesetz ist und vielfach die Meinung vorherrscht, dass deshalb auf kommunaler Ebene lediglich dämpfende oder flankierende Möglichkeiten bestünden. Im Gegensatz dazu gilt es festzustellen, dass auf kommunaler Ebene die sog. Trägerversammlung das „Exekutivorgan“ für die Praxis jedes Jobcenters ist und die Kommunalvertretungen darin die Möglichkeit haben, z.B. auf die jeweiligen kommunalen Arbeitsmarktprogramme einen (mit-)entscheidenden Einfluss zu nehmen. Ebenso verhält es sich bei den von den Jobcentern massenhaft verhängten Sanktionen, auch da könnte durch die Trägerversammlung in Form eines „Sanktionsmoratoriums“ die vom Hartz IV-Regime ausgehende Repression zumindest entscheidend eingedämmt werden. Ebenso bestehen deutliche Handlungsspielräume bei den „Kosten der Unterkunft“, die für den größten Teil der Hartz IV-Betroffenen damit verbunden sind, dass sie entweder in zum Teil menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben oder aber durch nicht anerkannte Wohnkosten gezwungen sind, die Differenz zur tatsächlichen Mieten aus dem Regelsatz zu bestreiten. Insbesondere hier hat jede Kommune einen alleinigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, in welcher Höhe sie Wohnkosten für Menschen, die von Hartz IV oder Grundsicherung gezwungen sind zu leben, bewilligt.

Während die meisten Kommunen in NRW der dramatischen Armutsentwicklung tatenlos zusehen oder den „schwarzen Peter“ regelmäßig in Richtung Bundesregierung abgeben, haben einige Kommunen wie Bielefeld, Mülheim oder Dortmund kommunale Arbeitsmarktstrategien beschlossen, mit denen versucht werden soll, Alternativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut zu realisieren (vgl. Sozialbericht NRW 2012, S. 285 ff.) Das grundsätzliche Problem dieser zunächst positiv erscheinenden Gegenstrategien besteht jedoch darin, dass sie in der Ausrichtung und Finanzierung integrativer Bestandteil des Hartz IV-Systems bleiben. Es wird suggeriert, als wäre es mit einer Effektivierung von Maßnahmen möglich, die sog. Langzeitarbeitslosigkeit und die mit ihr verbundenen „Problemgruppen“ wie Alleinerziehende, über 50-jährige etc. wieder in

Arbeit zu integrieren, ohne die entscheidende Ursache auch nur ansatzweise zu erwähnen. Es sind die fehlenden Arbeitsplätze, die entscheidend dafür ursächlich sind, dass die meisten erwerbslosen Menschen aus der Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft aussteigen können. Deshalb muss eine linke Alternative zur herrschenden Arbeitsmarktpolitik und zum Hartz IV-System aufzeigen, dass es einerseits systembedingte Ursachen sind, die für Arbeitslosigkeit und Armut verantwortlich sind, aber andererseits auch deutlich machen, dass konkrete Reformprojekte notwendig sind, um die bisherige Entwicklung umzukehren.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt deshalb ein für:**

- Die Abschaffung perspektivloser und armutsfördernder 1 €-Jobs. Kombilohnarbeitsplätze und sog. Bürgerarbeit sind bedingungslos einzustellen. Stattdessen sind sozialversicherungspflichtige bzw. tarifliche Stellen zu schaffen, die ausnahmslos aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen.
- Die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) ist grundsätzlich am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels bzw. entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren.
- Einen Stadtpass, der den Beziehenden von Hartz IV bzw. Grundsicherungsleistungen kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht. Im Falle einer Kostenbeteiligung muss diese sich grundsätzlich an den im Hartz IV-Regelsatz enthaltenen Bedarfsanteilen orientieren;
- **Erweiterung der Leistungen des Stadtpasses**
  - Sozialticket ÖPNV – Nulltarif
  - Keine Kontoführungsgebühren (Subventioniert durch die Stadt / Sparkassen / Volksbanken)
  - Sozialtarif Strom / Gas / Wasser nach ökologischen Gesichtspunkten
  - Keine Gebühren für Sperrmüll, Personalausweise, Reisepässe, Stadtbibliothek
  - 80% Ermäßigung für Frei- und Schwimmbäder, Theater
  - keine Hundesteuer
  - 80 % Ermäßigung bei VHS-Kursen

- Mittagessen in Ganztagschulen und Kindergarten
- Kostenfreie Kinderbetreuung
- Kostenfreier Zugang zu öffentlichem Internet-PC und Email-Konto
- Sämtliche schulischen Angebote und Leistungen werden Kindern von Menschen im Hartz IV-Bezug, soweit sie nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt sind, kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter wird in Form eines Sanktionsmoratoriums auf kommunaler Ebene ausgesetzt.
- DIE LINKE Gütersloh wird ihr politisches Handeln regelmäßig daran orientieren, mit diesen Forderungen und Positionen ihren Einfluss im Sozialausschuss und Rat, insbesondere gegenüber den Kommunalvertretungen in der Trägerversammlung der Jobcenter geltend zu machen.
- Die Schaffung bzw. Ausbau einer öffentlich finanzierten, kommunalen Beratungsstelle für ALG II – Empfänger (Hartz IV).
- Die Schaffung einer öffentlich finanzierten Schieds- und Schlichtungsstelle, die helfen soll, soziale Rechte von ALG II Empfängern durchzusetzen.
- Schaffung eines Beirates für die Arbeitsagentur GT-aktiv.
- Schaffung einer Schuldnerberatung zur Abwehr privater Insolvenzen.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze in Verwaltung und heimischer Wirtschaft. Keine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen.
- Keine Zwangsumzüge.
- Erhöhung der Einmalbeihilfen.
- Mitwirkung und politische Umsetzung der Initiative gegen Kinderarmut.

Mit diesem Forderungsprogramm wird Armut in den Kommunen NRWs nicht abgeschafft, da dazu ein grundsätzlicher Politikwechsel auf Bundesebene erforderlich wäre. Das Programm würde im Falle seiner Realisierung

sierung jedoch dazu beitragen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

### **3. Stadtentwicklung, Planen und Bauen:**

#### **Für eine lebenswerte, soziale Stadt.**

DIE LINKE Gütersloh tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, für eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle ein. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden.

Das heißt vor allem, ein Konzept für „gutes Wohnen“ für alle Bevölkerungsteile zu entwickeln. DIE LINKE Gütersloh setzt sich vorrangig für eine Innenentwicklung ein, um den Flächenverbrauch einzuschränken, für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und für den Erhalt von Freiräumen und -flächen. Wir sind gegen die Verdrängung finanzschwächerer Bevölkerungsteile aus ganzen Stadtteilen und halten gegenüber Luxussanierung und Gentrifizierung an einer sozialen Mischung fest.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Ein großer Teil der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Daraus ergeben sich Aufgaben für die Stadtentwicklung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt werden - sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Barrierefreies Wohnen, eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen sind notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft.

Gleichzeitig verfestigen sich die Gegensätze von armen und reichen Stadtteilen immer mehr. DIE LINKE Gütersloh spricht sich deutlich gegen jede Tendenz zur Ghettoisierung und für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtplanung sollte darauf hinwirken. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen.

Auch unter den Bedingungen des Klimawandels müssen die Großstädte lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaf-



fen werden, die für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Der auch von der Landesregierung als Ziel angestrebte Null-Flächenverbrauch erfordert ein Umsteuern städtischer Bauleitplanung. Immer neue Wohngebiete auf Freiflächen sind ebenso ein Tabu wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“.

Der Umbau im Bestand hat für DIE LINKE Gütersloh Vorrang, ebenso - unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen - die Verdichtung schon bebauter Flächen.

Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen beheimatet, waren Markt-, Handels- oder heute Bankplätze. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer reinen „Dienstleistungsgesellschaft“ sind ebenfalls längst an der Realität gescheitert. Stadtplanung muss sich deshalb auch um die Entwicklung der produktiven Basis der Städte kümmern. Gewerbe-, Industrie- und Einzelhandelsflächen sind oft knapp. DIE LINKE Gütersloh ist der Auffassung, vorrangig alte, ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten, zu verdichten und einer Nutzung zuzuführen.

Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE Gütersloh große Einkaufszentren ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden - auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite bringen.

DIE LINKE Gütersloh ist für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, insbesondere für größere Vorhaben. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren, ohne Bürgerversammlung und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, lehnt DIE LINKE Gütersloh ab. Einsprüche gegen B-Pläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

## **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- (Masterplan Innenstadt) Aufbau eines alternativen, bürgerfreundlichen Innenstadtkonzeptes. Keine Versiegelung weiterer Bodenflächen in der Innenstadt. Ausbau eines innerstädtischen Grünzuges und Schaffung von grünen „Erholungsinseln“. Keine Privatisierung des Gemeingrundes durch Großinvestoren. Gemütliche Einkaufsstraßen mit Einzelhandelsgeschäften anstatt Konsumtempeln der Großinvestoren (Areal Kaiserstr. /Friedrich-Ebert-Str.) und Filialen von Konzernketten. Die Innenstadt soll ein Begegnungszentrum für Bürger\*innen werden mit Gastronomie (zu normalen Preisen ohne Verzehrzwang). Kein Zerschneiden der Innenstadtbereiche durch Verkehrsachsen. Einige Verkehrsachsen müssen geändert werden.
- Beibehaltung eines Vorkaufsrechtes der Gemeinde bei der Neueröffnung von Bauland. So können planungsbedingte Bodenwertzuwächse abgeschöpft und dem Gemeinwohl zugeführt werden.
- Erbpacht vor Verkauf. So ist wesentlich besser und weit reichender sichergestellt, dass nach Aufgabe von kommunalen Betriebsstandorten die Kontrolle bei der Kommune bleibt.
- Die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten; Verkauf von zum Wohnen genutzten Erbpachtgrundstücken vorrangig an die Bewohner\*innen.
- Sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Diese dürfen nicht verschleudert werden als Pufferzonen für Nutzungen, die sich gegenseitig beeinträchtigen oder ausschließen. Umweltbelastungen müssen reduziert werden, statt sie lediglich zu verdünnen, indem man sie auf größere Flächen verteilt. Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiter reichende kommunale Normen entwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit ist anzustreben, statt weiterer Zersiedelung. Planungen dürfen, bei unumgänglicher Freiraumnanspruchnahme, am wenigsten in den Freiraum eingreifen. Bei Siedlungserweiterungen sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu betrachten. Eine Flächen sparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Dem widersprechen

nicht die Auflockerung durch Grün, sowie andere ökologische Maßnahmen. Die Erstellung wirklicher Alternativplanungen bei Baubehörden und Begutachtung durch neutrale Fachleute. Heute werden oftmals wesentlich schlechtere Alternativen angeboten, um das Ursprungskonzept durchzusetzen.

- Eine nachhaltige Raumentwicklung. Diese muss die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Die kritische Überprüfung von allen Siedlungs- und Gewerbeausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten. Die drastische Einschränkung des Freiflächenverbrauchs für Bauvorhaben. Ziel ist ein „Nullflächenverbrauch“, (siehe LEP NW) also für neue Bauvorhaben bereits bebaute Flächen zu nutzen oder andere versiegelte Flächen zu entsiegeln. Verdichtung und Erweiterung der vorhandenen Siedlungs- und Gewerbeflächen anstatt Neuausweisung von Flächen.
- Ökologische und sozialverträgliche Konversion der (ehem.) britischen Standorte (Flugplatz und Kaserne). Sorgfältiger Schutz der Naturschutzflächen. Erhalt und Umnutzung der vorhandenen Gebäude- und Verkehrsstrukturen, soweit wie dies möglich ist. Keine wilde, ungeplante Vermarktung der Flächen an private Investoren.
- Den Stopp von Schließung und Verringerung des Angebotes von Bürgerhäusern, kleinen Theatern, Jugendzentren, Bibliotheken, Sportstätten und Musikstätten als Folge einer verfehlten Haushaltspolitik.
- Konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen.
- Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb von Gütersloh gelten.
- Die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung; das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und

Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die auch Menschen nicht-christlicher Religionen Ruhestätten bieten.

- Die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre Geschichte ein Gesicht erhalten.

#### **4. Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten:**

Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Aber Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen schließt das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt, auf soziale Nachbarschaften und Stadtteile, auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf Teilhabe an der Stadt ein. Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Gesellschaft und eng zusammen.

In den letzten Jahrzehnten wurden wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen.

In der Folge steigen vielerorts die Mieten beständig an, herrscht Mangel an Mietpreis günstigen Wohnungen und viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten.

Dem Problem, dass dem sozialen Mietwohnungsbau mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen Wohnungsunternehmen und dem Ausverkauf öffentlicher Unternehmen ein großer Teil der Bauträger abhanden gekommen ist, wollen wir durch die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft begegnen. Ohne eine deutlich erhöhte öffentliche Wohnungsbauförderung und ohne diese gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft kann – vor allem unter den Bedingungen eines wieder stärker sozial regulierten Wohnungsmarktes – der erforderliche Wohnungsbestand weder geschaffen noch erhalten werden.

DIE LINKE Gütersloh will die Rechte der Mieter\*innen stärken. Niemand

darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben werden. Der Kündigungsschutz für Mieter\*innen muss ausgebaut werden, das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt werden.

Wir wollen die Miethöhen begrenzen. Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an allen Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der letzten Jahre. Die Nettokaltmiete soll in bestehenden Mietverhältnissen ohne eine Verbesserung des Wohnwertes grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches maximal bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden dürfen. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sollen unzulässig sein.

Eine grundsätzliche Reform der Regelungen für die Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB XII muss erfolgen. Ziel ist die vollständige Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und die Verhinderung von Zwangsumzügen.

Gütersloh muss die Wohnungspolitik zu einem Schwerpunkt machen – mit entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des städtischen Personals.

Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer stehen.

Eine soziale, demokratische und ökologische Wohnungspolitik lässt sich nur durchsetzen, wenn sich die Mieter\*innen auch selbst dafür engagieren. DIE LINKE Gütersloh wird die Selbstorganisation der Mieter\*innen fördern und Mieterproteste unterstützen. Die Städte und Gemeinden sollen ihre Zusammenarbeit mit den örtlichen Mietervereinen intensivieren, die Gründung von Mieterräten – vor allem in den kommunalen Wohnungsbeständen – fördern und selbstverwaltete Wohnprojekte unterstützen.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Eine Kommune, die dafür Sorge trägt, dass nicht nur ein Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen vorhanden, sondern auch der nach ökologisch sinnvollsten Effizienzstandards ausgerichtete Um- und Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sichergestellt ist und damit die kommunale Mietpreisbil-

dung beeinflusst werden kann. Der Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus muss gefördert werden. Privatisierungsversuche bei kommunalen Wohnungen müssen abgewehrt werden. Freigezogene Wohnungen der britischen Streitkräfte müssen nach Renovierung zu sozialverträglichen Mietpreisen auf den kommunalen Wohnungsmarkt gebracht werden. Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbaus und mehrgeschossigen Wohnungsbau vor Eigenheimsiedlungen. Die Verhinderung des Verschleuderns öffentlichen Wohnraumes.

- Verbesserung der Wohnbedingungen und des Wohnumfelds durch Zusammenlegung von kleinen Wohnungen, Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und Schaffung von Grünflächen.
- Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten und Wohnprojekten und -gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst lange selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen.
- Die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung, die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden.
- Die Wiederbelegung der Innenstädte durch Wohnprojekte; der systematische Leerzug der 60er und 70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte umgewandelt wurden, muss „umgedreht“ werden.
- Die Intensivierung der kommunalen Wohnungsaufsicht und anderer wohnungspolitischer Instrumente, um die Beseitigung von Wohnungsmängeln zu erreichen.
- Private Investoren unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von Sozialwohnungen zu verpflichten und sie an der Finanzierung der Infrastruktur eines Baugebietes angemessen zu beteiligen. Wir versprechen uns hiervon auch eine finanzielle Entlastung der Kommunen.

## **5. Verkehr: Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität!**

Die Verkehrsprobleme können durch den motorisierten Individualverkehr nicht gelöst werden. Er führt zu enormen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm, die an großen Verkehrswegen wohnen. Dagegen stellt sich für den ländlich geprägten Raum die Frage, wie sich Mobilität für Menschen ohne Auto überhaupt noch realisieren lässt. Deshalb will DIE LINKE Gütersloh den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und setzt sich für integrierte Verkehrskonzepte ein, die Mobilität für alle und überall gewährleisten.

Beim öffentlichen Personennahverkehr wird zu viel gespart. Dadurch wird die Mobilität der Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, immer mehr eingeschränkt. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben, die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur und die in vielen Städten dringende Erneuerung von Schienennetz und Fuhrparks werden vernachlässigt.

Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE Gütersloh will den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr stärken. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

Die dringend nötige Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die Kommunen auch vom Land mit auskömmlicher Finanzierung unterstützt werden.

Gerade für Pendler oder Besucher von Innenstädten bieten Bike- oder Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften, Car-Sharing und Leihradsysteme können nicht nur in Städten, sondern auch im ländlichen Raum wirken.

Attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel sind, auch in den Abendstunden, besonders wichtig. Intelligente Nahverkehrskonzepte

wie Anruf-Sammeltaxis oder Busse-nach-Bedarf-Systeme können soziale und ökologische Antworten sein.

Stillgelegte Schienenstrecken müssen wieder belebt werden. Dazu gehört auch eine Zugsbindung, wie die beschlossene Wiederbelebung der TWE-Strecke Verl-GT-Harsewinkel. Ein Bahnhof oder eine Mobil-Station muss ein Qualitätsmerkmal für eine attraktive Stadt werden. Diese Mobil-Stationen erweitern die Mobilität der Menschen deutlich; hier wird nicht nur der Busverkehr abgewickelt, es gibt auch Leihfahrräder, Mietautos, einen Taxistand, eine Radstation und eine schnelle Verbindung zum überregionalen Verkehr.

Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Mobilität für alle, ob jung oder alt, reich oder arm. Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe an Mobilität von Menschen ohne Auto müssen her. Sozialtickets, Jugend- oder Seniorentarife, Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten (1-Euroticket). Das Ziel einer kostenlosen Benutzung des städtischen ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger ist umzusetzen.
- Eine deutliche Erhöhung des Anteils von öffentlichem Personennahverkehr, Verkehrsaufkommen zu Fuß und Radverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen. Hierzu müssen Verkehrspläne und neue Verkehrskonzepte aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten.
- Erstellung und Realisierung eines nutzerfreundlichen Stadtbuskonzeptes mit kurzen Taktzeiten unter 21 Minuten. Taktanbindung an den überörtlichen und schienenengebundenen ÖPNV.
- Entlastung der Innenstadt vom Straßenverkehr. Ausbau, Sanierung und Instandhaltung des städtischen Radwegenetzes. Anlage von P+R – Parkplätzen am Stadtrand. Kein innerstädtisches Verkehrs-



chaos durch zusätzliche Parkhäuser.

- Für einen individuellen ÖPNV, in dem sich die Nutzenden ihre eigenen Tickets nach persönlichem Bedarf, z. B. mit Car-Sharing oder Leihradnutzung, zusammenstellen können.
- Verkehrsanbindung von Gewerbegebieten und Durchgangsstraßen an eine zusätzliche Autobahnabfahrt Verl zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Friedrichsdorf ohne Zerschneidung der Landschaftsflächen durch eine Ortsumgehung.
- Den Aufbau von multimodalen Mobil-Stationen, in denen die unterschiedlichen Verkehrsträger gebündelt werden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Systemen für den Fahrgast sicher und komfortabel erfolgen kann. Die öffentliche Unterstützung solcher Systeme bei Werbung, Startfinanzierung und mit Kommunikationsplattformen.
- Den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr.
- Die strikte Anwendung der Regelungen des Vergabegesetzes NRW und damit die Vergabe von Regionalstrecken nur an Verkehrsunternehmen, die Tariflöhne zahlen.

## **6. Umwelt und Energie;**

### **Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!**

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: Bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien und vielem mehr. Unternehmerisches, gewinnorientiertes Wirtschaften entzieht sich weitgehend gesellschaftlicher Steuerung.

Die Kommunalpolitik kann durch eigenes Handeln, durch Einflussnahme und die Beratung und Beteiligung der Einwohner\*innen wichtige Beiträge zur ökologischen Kurswende leisten und auf die Politik der oberen staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden Einfluss nehmen.

DIE LINKE Gütersloh unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die Ein-

wohnerinnen und Einwohner sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen. Der Widerspruch von „Umwelt und Arbeitsplätzen“ ist ein Scheindilemma, wie nicht zuletzt die stark gewachsene Zahl der Arbeitsplätze in Umweltbereichen zeigt. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deutschland ist europaweit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid, Schwermetalle und beeinträchtigen somit Gesundheit und Wohlergehen. Kohle bestimmt in Nordrhein-Westfalen drei Viertel der Stromversorgung. Zahlreiche neue Kraftwerke sind im Bau oder in Planung. Diese sollen vor allem eines sichern: Die Profite der Energiekonzerne.

### **Energiewende jetzt:**

Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. DIE LINKE Gütersloh steht deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung.

DIE LINKE Gütersloh steht für eine Energiewende in kürzester Frist. 100 Prozent erneuerbare Energien, dieses Ziel muss jetzt konsequent angegangen werden.

Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert und (re)-kommunalisiert werden. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenstrahlung, Erdwärme, Biomasse, -gas), bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft.

Die geplante und regionale Gewinnung von Erdgas durch das sog. „Fracking“ wird in zahlreichen Regionen des Landes vorangetrieben. DIE LINKE Gütersloh ist hier die einzige Partei, die sich konsequent und vor Ort gegen jegliche Form dieser Erdgasgewinnung ausspricht. Die enormen

Risiken, die diese Technologie birgt, von der Wasserkontaminierung bis hin zu Bergsenkungen verbunden mit geologischen Setzungsschäden, sind in keiner Weise akzeptabel und stellen eine permanente Gefährdung der Menschen in Gütersloh dar.

Es wird eine kommunale, kostenlose Energieberatung für alle Menschen eingeführt. Um die Quote der energetischen Sanierungen zu erhöhen, werden quartierbezogene, von Haus-zu-Haus gehende Beratungsgespräche mit Eigentümerinnen und Mietern geführt. Die Kommunen bezuschussen die energetischen Sanierungen unter der Bedingung der Warmmietenneutralität.

Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie natürliche Bäche und Flussläufe bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen Siedlungsgebieten.

Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Konversions- und Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Durch die Selbstverpflichtung der Kommunen zur Beteiligung der Naturschutzverbände im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte verringert bzw. vermieden werden.

Haus- und Sondermüllverbrennung tragen zur Ressourcenvergeudung, Klimagefährdung und zum Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Die Deponiefrage wird nur zeitlich gestreckt, weil die giftigen Verbrennungsreste ebenfalls deponiert werden müssen.

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenter Müll vermeiden, vermindern und wieder verwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen, die Förderung der Müllvermeidung durch kommunale Gebäurengestaltung, all das sind wesentliche Voraussetzungen, um aus der flächendeckenden und teuren Müllverbrennung weitgehend wieder auszusteiern und umweltschonende Verfahren anzuwenden.

Eine ökologische Abfallwirtschaft ist nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt. Inzwischen werden, gerade in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr

Menschen erkennen: Private Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger. Die hohen Überkapazitäten der Müllverbrennungsanlagen dürfen nicht zu einem internationalen Mülltourismus führen.

Kommunale Abwässer müssen oft unter hohem Aufwand gereinigt werden. Häusliche Abwässer, häufig durch zahlreiche und problematische Reinigungsmittel und andere Chemikalien belastet, werden darüber hinaus noch mit hoch befachten Einleitungen aus Industrie- und Gewerbebetrieben vermischt. Wir wollen weitere Anstrengungen, um die Schadstofffracht im Abwasser zu minimieren.

DIE LINKE Gütersloh unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Den sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung (einschließlich des Verbotes aller Atomtransporte durch das Gütersloher Stadtgebiet). Den kurzfristigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger (Braun-, Steinkohle, Erdgas, Öl).
- Die Einführung eines Sockeltarifs zur „Strom-Grundversorgung“: Der kommunale Energieversorger wird dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Der Strom oberhalb des Grundkontingents würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.
- Das Verbot von Stromabschaltungen durch Stadtwerke und kommunale Energieversorger.
- Die vollständige Energieversorgung durch regenerative Energien bei kommunalen Neubauten und in kurzfristiger Zielstellung ebenfalls in den bestehenden öffentlichen Bestandsgebäuden.
- Beleuchtung der Straßen und Plätze mit energiesparenden LED-

Leuchten. Vermeidung von Lichtverschmutzung. Abschaltung unnötiger Außenbeleuchtungen.

- Neuaufgabe bzw. Aufstockung von Förderprogrammen zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes.
- Die Sanierung von Bestandsgebäuden hat Vorrang vor Neubau-maßnahmen.
- Eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen. Bau von Ökosiedlungen unter Einschluss vorbildlicher Sozialstandards und Generationen übergreifenden Wohnens.
- Weitgehender Ausstieg aus der Müllverbrennung und Anwendung umweltverträglicher Entsorgungsverfahren.
- Aktionspläne zur Minimierung der Abwasserbelastung. Keine Ausbringung von Klärschlämmen auf heimischen Böden und Äckern.
- Den Ausbau der Ökolandwirtschaft und eine breite Aufklärungskampagne für gesunde Ernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen; die Umstellung auf ökologische Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und Schulen.
- Die Stärkung des Verbraucherschutzes durch Ausweitung des Verbandsklagerechts und den Ausbau der Verbraucherberatungsstellen.
- Die Errichtung von kommunalen Zentren für Nachhaltigkeit als Beratungs-, Ausstellungs- und Aktion-sort für Umweltverbände, Verwaltung, öffentliche Betriebe, Handwerksbetriebe usw.
- Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltämter und gleichzeitig die Wiederherstellung und Effektivierung der überregionalen Umweltbehörden.
- Unterstützung der Arbeit der örtlichen Naturschutzverbände.
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen.
- Renaturierung der Ems- und Dalkeauen.
- Die Verweigerung von Flächenfreigaben für genmanipuliertes Saatgut; kein Ankauf von Flächen, auf denen genmodifiziertes Saatgut eingesetzt wurde, durch die öffentliche Hand.

- Den Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen, den ökologischen Umbau der Städte und die Ausweisung von verbindlichen Biotopverbundkonzepten.
- Keine Erdgasgewinnung und kein sog. „Fracking“ zur Gasgewinnung auf Gütersloher Stadtgebiet.
- Für die Erarbeitung von Leitlinien, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen.
- Eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung vor allem in den Innenstädten durch die Einführung von flächendeckenden Umweltzonen.
- Die ökologisch-landwirtschaftliche Nutzung von Brachflächen in städtischem Besitz z.B. durch Hochbeete, Nachbarschafts- und Transition-Town-Initiativen sollten zur Zwischennutzung und nach Möglichkeit auch dauerhaft freigegeben werden.
- Gerade in Stadtzentren müssen Baumschutzsatzungen alte und schattenspendende Bäume vor unnötigen Fällungen schützen. Mikroklimagerechte Stadtplanung (Dachbegrünungen, Wasserflächen in Stadtzentren) sollen Hitzeinseln vermeiden.

## **7. Kultur für Alle!**

Kultur ist Leben und Lebensmittel. Am Umgang mit der Kultur sehen wir, wie ernst es unser Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint, sie ist ein Gradmesser der Zivilisation. Kultur liefert die Denkanstöße, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft. Nirgendwo sonst tummeln sich so viele Menschen wie unter den Kulturschaffenden, die andere Lebensmodelle als das der kapitalistischen Leistungsgesellschaft suchen. Zugleich findet der größte Teil der Kulturarbeit unter besonders prekären Bedingungen statt, nur eine Minderheit kann gut und abgesichert davon leben. Die Standard-Erwerbsbiografie, an der sich Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik orientieren, trifft auf sie fast nie zu. Zugleich ist die Kultur und die kulturelle Versorgung der Bürger einer der bedrohtesten Bereiche, weil hier am ehesten gespart wird, denn sie gilt als eine „freiwillige Leistung“ der Kommunen.

Kultur ist Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen bleibt unsere zentrale Forderung.

Kommunal erlebbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit Gütersloh und der Region.

In Zeiten kommunaler Sparzwänge wird wieder zuerst bei Kunst und Kultur, bei Sport und Freizeiteinrichtungen auf der einen Seite der Rotstift angesetzt, auf der anderen Seite werden die Gebühren erhöht. Diese selbstgewählte Abwärtsspirale bringt weiteren Kulturabbau. Kulturabbau heißt aber auch immer Demokratieabbau!

Es leben immer mehr Menschen und vor allem Kinder in prekären Verhältnissen. Wenn Menschen sich vor allem Gedanken über das Morgen machen müssen, spielt Kunst und Kultur in ihrem Leben eine immer geringere Rolle. Kultur muss aber auch zu den Menschen gebracht werden. Eine Kultur der „langen Wege“ können sich nur wenige Menschen leisten.

Die kulturelle Vielfalt nimmt ständig zu. Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag in den Kommunen für Verständigung, Toleranz und Integration sowie bei der Bekämpfung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit leisten. Kunst und Kultur sind Orte des öffentlichen Dialogs und werben für Verständnis und Toleranz.

Die Kultur- und die Kreativwirtschaft gewinnen immer mehr an Bedeutung. Aber Kultur kann nicht schlicht nach wirtschaftlichen Aspekten bewertet werden. Ihre Inhalte sind mehr als ein marktwirtschaftliches Produkt.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Öffnung des Stadttheaters für Kunst und Kultur aus der Region Gütersloh. Stark ermäßigter Eintritt für Arbeitslose als festes Kontingent und freier Einlass für Kinder zu allen Kulturveranstaltungen. Keine Benachteiligung von Bürgern und Bürgerinnen mit niedrigem Einkommen.
- Einen flächendeckenden „Kulturpass“ für alle Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen oder staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der un-

bürokratisch ermäßigte Eintritte in öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht.

- Altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder- und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene.
- Aus allen Eintrittspreisen von Städtischen Kulturveranstaltungen die Einbehaltung eines „Kulturroschens“ zur Unterstützung von Kulturbüros und zur Förderung der freien Kunst- und Kulturszene.
- Förderung und Erhalt von multikulturellen Begegnungsstätten (Weberlei, Freilichtbühne Mohns Park, und anderen).
- Zusammenarbeit mit allen ortsansässigen Schulen zur Förderung einer freien, unabhängigen Kulturarbeit.
- Förderung der freien Kulturszene aller Sparten in der Region Gütersloh. Erhebung und Aktualisierung eines Kunstspartenregisters aus der Region Gütersloh. Einrichtung eines Stadtkulturbüros im Kulturamt der Stadt Gütersloh für die freie Kunst- und Kulturszene. Regelmäßige Präsentation von Kulturschaffenden aus der Region Gütersloh im 2 - Jahresrhythmus. Bevorzugung von Künstler\*innen aus der Region bei Ausschreibungen von und für Kunst im öffentlichen Raum. Bereitstellung und Förderung bei Atelierbedarf von ortsansässigen Künstlern und Künstlerinnen durch preisgünstigen oder freien Arbeitsraum.
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen. Die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen für Theater- und Musikgruppen.
- Aktive Mitgestaltung von Ausstellungen im Verhoffhaus / Kunstverein Gütersloh. Regelmäßige Werkschauen von Künstlern und Künstlerinnen aus der Region Gütersloh.
- Mehr Transparenz bei der Planung von kulturellen Events wie der „Langen Nacht der Kunst“ , sowie bei der Vergabe von Ausstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum.
- Eine „Neuausrichtung“ der kommunalen Kulturpolitik hin zur einer „Kultur für Alle“, zugleich gegen eine Verflachung der Kultur in Richtung eines konsumorientierten Mainstreams
- Eine stärkere Vernetzung der öffentlichen Kultureinrichtungen und



der Kulturangebote der Kommunen; die dynamische Anpassung der Kulturfinanzierung an den steigenden Kostenbedarf. Die Möglichkeit einer stärkeren Vernetzung auf kommunaler und regionaler Ebene und die Schaffung von Ansprechpartnerinnen auf Verbandsebene.

- Die Förderung der kulturellen Vielfalt, statt „Leuchtturmprojekte“.
- Eine antirassistische, interkulturelle Politik statt „Leitkultur“.
- Den Ersatz des Musikunterrichts, wo er in den Schulen ausfällt. Das Erlernen eines Instrumentes. Dies muss so bald wie möglich fester Bestandteil des Vor- und Grundschulunterrichts werden. Die Finanzierung muss verlässlich vom Land übernommen werden.
- Die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen. Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen für Menschen mit niedrigem Einkommen und kostenlose Angebote für deren Kinder.
- Den Erhalt und Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern mit ihren aktiven Mitmachangeboten sowie ähnlichen Einrichtungen im ländlichen Raum.
- Eine gezielte Förderung antirassistischer Kultur. Den Auf- und Ausbau von „Häusern der Kulturen“ um Vorurteile abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entdecken.
- Einen Ausbau der regionalen Kompetenzzentren für einen Ausbau der Beratungsleistungen.
- Eine tarifliche Bezahlung der Kulturschaffenden sowie der Angestellten bei freien Trägern, deren wirtschaftliche Tätigkeit mit öffentlichen Kulturinstitutionen vergleichbar ist.
- Den Schutz der Kulturschaffenden vor Ideenklau bei kommunalen Projektanträgen.

## **8. Bildung und Ausbildung: ein universelles Menschenrecht!**

### **Gute, gebührenfreie Kitas für Alle!**

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in Kitas sind jedoch nach wie vor Mangelware. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenig Kitaplätze, der Ausbau stockt, Eltern sind unzufrieden. Über den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist außerdem die Qualität in Vergessenheit geraten. Es fehlen Erzieherinnen und Erzieher sowie entsprechende Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Zu große Gruppen, gering qualifiziertes Personal, beengte Räumlichkeiten, minderwertiges Essen – zu kurze und unflexible Öffnungszeiten und unzureichende Teilzeitbetreuungsangebote runden das desolate Bild ab. Zudem wird die für Städte kostengünstigere und für Eltern wesentlich teurere Tagespflege massiv ausgebaut, um den Mangel an Kitaplätzen zu vertuschen.

Viele Eltern wünschen sich eine Kinderbetreuung von Anfang an, aber nicht nur deshalb, weil sie Berufstätigkeit und Kinder unter einen Hut bringen wollen, sondern auch, weil sie die Vorteile von frühkindlicher Bildung nutzen wollen.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- KiTa-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an, professionell, gut ausgestattet und wohnortnah, in kommunaler Trägerschaft, damit kein Kind abgewiesen werden kann, unter demokratischer Einbeziehung der Eltern. Ausreichend öffentlich-geförderte, gebührenfreie Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft. Die Trägervielfalt ist zwar zu erhalten, Zugangsbeschränkungen müssen aber verhindert werden: Alle Kinder inklusiv“.
- Ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbetreuungsangebot für ALLE Kinder von Anfang an, das ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird.
- Den Rechtsanspruch auf einen Platz für alle Kinder ab einem Jahr. DIE LINKE Gütersloh will diesen Rechtsanspruch in einer wohnort-

nahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätte realisiert sehen. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kitas ist der tatsächliche Bedarf zu berücksichtigen und nicht eine beliebig ermittelte Quote.

- Die offensive Aufklärung der Eltern über den Rechtsanspruch.
- Der Rechtsanspruch des Kindes gilt unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern und dem Elternwunsch ist zu entsprechen.
- Eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung.
- Die Verbesserung der Betreuungsqualität. Dafür müssen Gruppen in Kitas verkleinert und die Fachkraft-Kind-Relation über den KiBiZ-Schlüssel hinaus deutlich verbessert werden. Erzieher und Erzieherinnen brauchen kontinuierliche Weiterbildungsangebote, besonders im Bereich der Sprachförderung. Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren Arbeitsbedingungen sind zu verbessern.
- Eine Stärkung der Gemeinschaftskindergärten. Kitaplätze sind für alle Kinder zu schaffen, unabhängig von Konfessionen und Glauben. Kirche und Staat sind auch in der Elementarerziehung voneinander zu trennen.
- Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Eltern Beruf und Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in den Einrichtungen die Standards guter Arbeit und das Kindeswohl realisiert werden. Das Wohl des Kindes und die konzeptionelle Arbeit müssen damit in Einklang gebracht werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, ist auch das Fachpersonal aufzustocken und die Bezahlung der Erzieher\*innen sowie deren Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Eine gute Mischung unterschiedlicher Berufe in Kitas mit Erzieher/innen, Heil- und Sozialpädagog(inn)en, Logopäd(inn)en und anderen Berufsgruppen. DIE LINKE Gütersloh setzt sich dafür ein, die kommunale Einstellungs- und Entlohnungspolitik dahingehend zu verändern.

## **Gute Schule für Alle!**

Die Planung im Schulbereich ist auch in Gütersloh geprägt durch Reaktionen auf Geburtenrückgang, durch finanzielle Engpässe und kurzfristig sinnvoll erscheinende Schulschließungen.

DIE LINKE Gütersloh stellt dem ein Konzept gegenüber, das sich an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert. Die kommunale Schullandschaft muss langfristig geplant werden und sich an pädagogischen Zielen und langfristigen demographischen Entwicklungen orientieren:

- inklusiv
- wohnortnah
- qualitativ gut ausgestattet
- ganztägig und kostenfrei
- mit individueller Förderung
- Familiensprachen unterstützend
- multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit)

DIE LINKE Gütersloh setzt sich für eine Schulentwicklungsplanung ein, weil „gute Schule“ auch „gute Schulräume“ benötigt, die Gruppenräume, Räume für ein differenziertes Lernangebot, für Sport- und Freizeitangebote zur Verfügung hat.

## **Grundschule**

Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier wird DIE LINKE Gütersloh auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozialen und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

Ganztag in Grundschulen ist für viele Eltern ein Ärgernis, weil Plätze Mangelware sind. Pädagogisch sinnvoll wäre das ganztägige Abwechseln von Lern- und Spiel-Sport-Situationen. Daher tritt DIE LINKE Gütersloh für gebundenen Ganztag ein. Nach den Beschlüssen der Landesbildungskonferenz soll der Ganztag nicht nur bedarfsdeckend werden, sondern

bis 2020 auch „gebunden“ sein. Hierzu müssen Kommunen jetzt schon Vorbereitungen treffen, damit alle Eltern, die einen Ganztagsplatz wünschen, diesen auch bekommen. Auch deshalb weist DIE LINKE Gütersloh die Verkleinerung oder den Verkauf von Schulgebäuden zurück.

## **Sekundarstufe I**

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagssschulen abgewiesen. Daher setzt sich DIE LINKE Gütersloh für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

## **Sekundarstufe II**

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

Daher setzt sich DIE LINKE Gütersloh für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

## **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutio-

nen bzw. Schulformen.

Hier will DIE LINKE Gütersloh die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

## **Inklusion im Bildungsbereich**

Inklusion muss von den Beteiligten ausgedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

Deshalb wird DIE LINKE Gütersloh eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion die Aussonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden können. Daher wird DIE LINKE Gütersloh eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

Auch wenn sich DIE LINKE Gütersloh mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so werden wir dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

## **Schulentwicklung**

Im ländlichen Raum wirkt sich der Rückgang der Geburten auf die Schulstruktur massiv aus: Grundschulen werden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als Lippenbekenntnis statt!

Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grund-

schulkinder nachteilige Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich ist kein Hindernis für den Schließungswahn. Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im ÖPNV hinzu.

Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot für Fünftklässler machen kann.

Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz.

Daher wird sich DIE LINKE Gütersloh weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen einsetzen sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für Alle realisierbar.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Schule muss inklusiv, wohnortnah, qualitativ gut ausgestattet, ganztägig und kostenfrei, mit individueller Förderung, Familiensprachen unterstützend, multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit) sein.
- Wohnortnahe Schule für alle Grundschüler und Grundschülerinnen.
- Eine Schule für Alle.
- Jahrgangsübergreifendes Lernen in der Grundschule und den weiterführenden Schulen.
- Einen Platz an einer Gesamtschule für jedes Kind, das dies wünscht.
- Errichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen für alle Schüler und Schülerinnen.
- Kostenlose Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen für alle Kinder.
- Kostenlose Schulbücher, Lehr- und Lernmittel für alle Kinder.
- Kostenloser Schulbustransport für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort. Ein Sitzplatz für jedes Kind.
- Erstattung der Klassenreisekosten für Kinder aus Familien mit ge-

ringem Einkommen.

- Eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.
- Individualförderung statt Sitzenbleibens.
- Die Einrichtung von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen zusammengefasst werden, um Schülern und Schülerinnen ein breit gefächertes Angebot an Wahlmöglichkeiten von Grund- und Leistungskursen zu gewährleisten.
- Die kommunale Schul- / Bildungsberatung für Schüler und Schülerinnen vor der Sekundarstufe II, damit sie genauer über die schulischen Bildungsgänge, die folgenden Abschlüsse und die beruflichen Perspektiven nach Vollzeitbildungsgängen informiert sind und somit unnötige Doppelungen und Umwege auf dem Weg zur beruflichen Qualifikation vermieden werden.
- Kompetenzzentren, die Beratungs- und Förderungsangebote bündeln und mit den erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet sind.
- Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts.
- Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache bzw. Deutsch als Fremdsprache.
- Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule (solche Modelle existieren in einigen Städten mit großem Erfolg).
- Unterstützung durch die RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte) oder die örtliche Schulverwaltung bei der Organisation von muttersprachlichem Unterricht und seiner Einbeziehung in den Unterrichtstag an allen Schulen.
- Vereinbarung zwischen der kommunalen Schulverwaltung und den Schulen über die höchstmögliche Förderung der Migrantenkinder.
- Kommunale Bildungsberatung für Migranteneltern mit dem Ziel, ihnen alle Perspektiven für ihre Kinder zu eröffnen.
- Einrichtung, Ausbau und Erhalt von Schulbibliotheken.
- Eine dem technologischen Stand angepasste Ausstattung der Schulen mit Medienräumen.



- Maßnahmen, die die Aufenthalts- und Unterrichtsqualität in Schulen verbessern wie z. B. kindgerecht gestaltete Schulhöfe (z.B. nach Benjes), Arbeitsräume für selbstständiges Lernen, Rückzugsmöglichkeiten für Schüler und Schülerinnen im Schulgebäude wie etwa Schülercafés.
- Instandhaltung und Ausstattung von Sport- und Schwimmhallen und Sicherstellung regelmäßiger Nutzung.
- Mehr Sportangebote, auch außerhalb des Sportunterrichts, um die Gesunderhaltung und Bewegungsfreude der Schüler und Schülerinnen zu unterstützen. Instandhaltung von Schulgebäuden; die Kommune muss ihrer Instandhaltungspflicht nachkommen.
- Keine 1-Euro-Kräfte an Schulen. Für den Aufbau und die Wartung von Sammlungen und Medienräumen, Hausmeisterassistenten, Sekretariatsarbeiten, als zweite Kraft im Unterricht in Förderschulen oder in der Ganztagsbetreuung sind qualifizierte Kräfte notwendig.
- Ein Schulreinigungsprogramm, das den hygienischen und arbeitsmedizinischen Anforderungen entspricht.

### **Kommune als Träger von Ausbildung**

Die Kommune bildet in der Regel nicht nur in Verwaltungsberufen aus. Sie beschäftigt darüber hinaus vielfältige Berufe. Daher soll die Kommune Ausbildungsplätze in allen beruflichen Bereichen schaffen, in denen sie ebenfalls Beschäftigung anbietet.

Nach Auffassung der Linken hat die Kommune einen besonderen Auftrag und eine besondere Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die in der Kommune leben. Deshalb muss die Kommune bereits in ihrer Schulpolitik alle Anstrengungen zur Erhöhung der Schulabschlüsse unternehmen.

### **Daher fordert DIE LINKE Gütersloh folgende Leitlinien:**

- Ausbildung weit über eigenen Bedarf.
- Ausbildung in allen beruflichen Bereichen, in denen Kommune Beschäftigung anbietet.

- Auszubildende bilden die Sozialstruktur vor Ort ab, vor allem beim Anteil der Förderschulabsolvierenden sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Ausbildung auch für solche Bewerberinnen und Bewerber, die auf dem sogenannten freien Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben.

## **Weiterbildung – VHS**

DIE LINKE Gütersloh ist der festen Überzeugung, dass Lernen ein lebenslanger Prozess ist. Lernen kann in unserer, sich schnell verändernden Gesellschaft, nicht zu einem festen Zeitpunkt aufhören.

Insbesondere bei der VHS entsteht über die zuständigen parlamentarischen Fachausschüsse noch politischer Gestaltungsspielraum. Die dortige Personalentwicklung für alle Mitarbeiter (Aufgabenverteilung, Stellen und ihre Bewertung, geringfügig und „freiberuflich“ Beschäftigte, Honorierung, soziale Sicherung, Interessenvertretung/ Mitbestimmung) und die Finanzentwicklung (Landes- und Trägermittel, Projektmittel und deren Konditionen, andere ergänzende Finanzierungsquellen) sind leicht abzufragen, politisch zu bewerten, öffentlich zu machen und Änderungsanträge zu stellen.

Da Wissen und Kompetenzen zu oft daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind, wird DIE LINKE Gütersloh insbesondere die einzige Weiterbildungseinrichtung unterstützen, die nicht in privater Hand liegt, die Volkshochschule!

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Den Ausbau des flächendeckenden Angebots der Volkshochschulen.
- Den Ausbau der kulturellen, musischen, staatsbürgerlichen, künstlerischen und anderen Bildungsangebote, damit die Bürger und Bürgerinnen nicht nur beruflich verwertbare Angebote vorfinden, sondern auch solche, die ihrer persönlichen Entfaltung und Verwirklichung dienen.
- Die Orientierung der Arbeitsbedingungen der Dozenten und Dozentinnen an den geltenden Standards und Besoldungsgruppen. Die Qualität der Kursangebote darf nicht zugunsten geringerer Hono-

rarkosten leiden.

- Die kommunalen Mittel so umzuschichten, dass im Interesse der Bürger und Bürgerinnen eine lebenswerte Kommune entsteht, die das Recht von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auf eine Persönlichkeit entwickelnde, umfassende Bildung umsetzt.
- Kommunale Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub.
- Eine zentrale kommunale Bildungsberatungsstelle.

### **Zusammenarbeit Kommune-Hochschule**

Gütersloh als Hochschulstandorten sollte auch Hochschulpolitik betreiben. Hochschulpolitik der Kommune muss eingebettet sein in eine Stadtentwicklungspolitik, die die wissenschaftlichen Angebote für die besonderen Fragestellungen und Entwicklungsaufgaben der Kommune nutzt.

### **Deshalb fordert DIE LINKE Gütersloh:**

- Ein Kooperationskonzept zwischen Kommune und Hochschule, das beiderseitigen Interessen dient, die jeweiligen Möglichkeiten den Partnern zur Verfügung stellt.
- Einen in der Kommune vor Ort verankerten Gesellschaftsrat, der die Belange der Hochschule in der Stadt in den Blick nimmt, der die Bedürfnisse der Studierenden, vor allem die Wohn-, Praktikums- und Verkehrsbedürfnisse, in die kommunalen Gremien einbringt und innerhalb der Hochschule für gute Arbeit vor Ort sorgt.
- Die kommunale Bildungsberatung soll Kontakte zwischen Schulen und Hochschulen systematisieren, damit es nicht dem Zufall überlassen bleibt, ob Schülerinnen und Schüler von den Angeboten der Hochschule Gebrauch machen können.

## 9. Jugend: Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert. Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchworkfamilien, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden, die mit Kindern im gleichen Haushalt leben, ist stark gestiegen. Viele Kinder leben in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen Gegenden jedes zweite Kind.

Wir sehen in dieser vielfältigen und unterschiedlichen Form von Familien eine Bereicherung für das künftige Zusammenleben in Gütersloh und eine gute Perspektive für die soziale und kulturelle Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektive und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten.

Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen leben, nimmt weiter zu – ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten „Aufstockern“. Diese Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse.

Viele Haushalte mit Kindern haben sich verschuldet. Eine große Zahl von ihnen – vor allem aus Familien mit Migrationshintergrund – lebt in hoch belasteten Stadtteilen mit wenig Grünflächen und Freizeitmöglichkeiten, weil höhere Mieten in besseren Vierteln nicht bezahlbar sind. Sie sind dem Lärm, industriellen Umweltgiften und Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt.

Die Häufung typischer Krankheitsbilder wie Atemwegserkrankungen und Allergien in den industrienahen Stadtteilen ist durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Weil ein erheblicher Anteil von Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht regelmäßig wahrnimmt, werden frühkindliche Entwicklungsstörungen zu spät erkannt.

Viele Kinder werden Opfer von Misshandlungen und sexueller Gewalt.

Die größte Gefahr für das Kindeswohl geht von körperlicher und seelischer Vernachlässigung aus.

## **Für die Rechte der Jugend!**

Kinder und Jugendliche besitzen wie Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt. Viele Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von Kürzungspolitik bedroht. DIE LINKE Gütersloh tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in Rat und Ausschüssen entgegen, um allen Kindern und Jugendlichen gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu erhalten.

Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-, Sport und Freizeitgelegenheiten. Dennoch verwarlosen solche lebensweltlich orientierten und präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten immer mehr und fallen dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendlichen unverzichtbar.

## **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Den Erhalt und die Erweiterung des Stadtpasses, der Familien die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt ermöglicht.
- Wiedereinführung eines runden Tisches mit kommunalen Vertretern und anderen Trägern der Jugendhilfe zur Beseitigung der Kinder- und Jugendarmut in Gütersloh.
- Ein ausreichendes Angebot von gutem bezahlbarem Wohnraum für Familien.
- Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen.
- Den Erhalt und Ausbau von Streetwork- und Beratungsangeboten.
- Die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen und von selbstverwalteten Jugendzen-

tren mit besonderer Sach- und Personalausstattung. Jeder größere Stadtteil sollte ein entsprechendes bedarfsgerechtes Angebot vorhalten.

- Den Erhalt von Freiflächen als zwanglosen Treffpunkten und Lernorten (Urban Gardening, Transition Town), sowie die partizipierende Planung und Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche; die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume.
- Die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben.
- Die flächendeckende Einführung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten.
- Den Erhalt des örtlichen Jugendparlamentes und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen.
- Senkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.
- Ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie kostenlose Proberäume und gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten.
- Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren; insbesondere präventive Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche sind auszubauen statt zu kürzen. Hilfsangebote, die an den Interessen und dem Bedarf der betroffenen Kinder und Jugendlichen orientiert sind. Elternberatung und Familienhilfe für Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen. Den Ausbau von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Den Erhalt und Ausbau von Familienberatungsstellen und Erziehungshilfen.
- Zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten.
- Eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung einschließlich einer Übernahmegarantie, Praktikumsvergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen.

- Die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und Stadtverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.
- Die Schaffung von ausreichenden Jugendfreizeiteinrichtungen. Deren Betrieb übernimmt die Kommune mit bedarfsgerechten Angeboten und Öffnungszeiten.
- Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan mit Angeboten, Bedarf und Finanzierung.

## **10. Sport und Freizeit: Sport ist Lebensqualität.**

Die Sportvereine sind in Gütersloh die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

Der Erhalt der kommunalen Infrastruktur ist eine wichtige Aufgabe. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sport Treibenden in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein.

Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen. Viele Fußballspielende und Leistungssport Betreibende mit Migrationshintergrund zeigen das deutlich. Die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und Ausgrenzung sowie Gewaltprävention sind für viele Vereine wichtige Ziele.

Auch für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internatio-

nalen Wettbewerben sind Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für DIE LINKE Gütersloh ebenfalls: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, wie auch einen barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderung.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten.
- Den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- Die Förderung der Teilnahme von allen Einwohnern und Einwohnerinnen an sportlicher Betätigung. Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten.
- Die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport.
- Die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten usw.
- Transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden; besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und Menschen mit geringem Einkommen.
- Den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen, wo es noch nicht genügend gibt.
- Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund.
- Die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale).
- Die Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen auch für



Sportarten die nicht zum „Breitensport“ zählen.

- Die Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten gegen gewaltbereite Hooligans in Kooperation mit den entsprechenden Fußballvereinen.

## **11. Gesundheit, Pflege und Soziales:**

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Gesundheit ist eine Menschenrechtsnorm, die es zu verwirklichen gilt. Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik: „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

Gestaltung von kommunaler Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE Gütersloh Gemeinschaftsaufgabe von Kinder-, Jugend-, Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik.

Angesichts klammer Kommunalhaushalte wird beim Personal des öffentlichen Gesundheitsdienstes gekürzt. Ein Ausweg wird zum Teil in Privatisierung einzelner Aufgabenbereiche gesucht und/oder gesundheitsförderliche Maßnahmen werden nur punktuell als Projekte umgesetzt (wie „Gesund aufwachsen“, „Gesund durch's Leben“, Schulobstfrühstück und andere).

Um möglichst viele Menschen zu aktivieren und jeder Einwohnerin und jedem Einwohner zu ermöglichen, sich für die eigene Gesundheit und für gesundheitliche Interessen einzubringen, bedarf es verbindlicher Gesundheitsziele und struktureller Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch legitimiertes öffentliches Gesundheitswesen. Umso wichtiger ist, den heutigen öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken. Für DIE LINKE Gütersloh ist insbesondere kommunale Gesundheitspolitik für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung von Krankheiten entscheidend.

## **DIE LINKE Gütersloh steht für:**

- Höheren Stellenwert bei Prävention und Gesunderhaltung (Rehabilitation). Im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenzen sind regionale Gesundheitsziele verbindlich festzulegen.
- Staatliche und kommunale Daseinsvorsorge, denn Gesundheit ist keine Ware. Privatisierung des Gesundheitswesens und Profitinteressen vor Ort stoppen! Ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteresse überleben. Es darf nicht länger möglich sein, dass eine Patientenbehandlung mehr dem Gewinn dient, als der Gesundheit der Betroffenen oder dass sie ihnen sogar Schaden zufügt. Krankenhäuser gehören in Öffentliche Hand. Der patienten-  
seitige Nutzen medizinischer Versorgung muss wissenschaftlich  
beweisgestützt sein und den Betroffenen transparent gemacht werden.
- Transparenz über Eignung und Qualität von in den „Gesundheitsmarkt“ eingeführten Produkten wie Medizingeräten, Heil- und Hilfsmitteln Arzneien, Laborprodukten. Bei kommunalen Behörden müssen dementsprechend Auskünfte öffentlich zugänglich sein.
- Der öffentliche Gesundheitsdienst (Gesundheitsamt) ist mit seinen Aufgaben Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung als die unabdingbar notwendige Schaltstelle weiter auszubauen.
- Statt isolierter Einzelmaßnahmen ohne Nachhaltigkeit (Projekte) benötigt die Kommune ein abgestimmtes Konzept – als Aufgabe der Gesundheitskonferenz - für strukturelle Verbesserungen.
- Gesundheitskonferenzen müssen öffentlich sein. Konferenzergebnisse müssen öffentlich bekannt gegeben werden.
- Dazu gehört im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung die Erfassung der Versorgung chronisch Kranker sowie von Menschen in einer bestimmten Lebenslage wie z. B. Alleinerziehende, Hochbetagte, Behinderte, psychisch Kranke, Suchtkranke sowie Migrantinnen und Migranten. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über Ergebnisse der Gesundheitsberichte sowie die Formulierung von Gesundheitszielen und Handlungsempfehlungen im kommunalen Raum.

Pflege ist als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Es geht hier um Menschen, die in Folge ihrer lebensgeschichtlichen Entwicklung einen Anspruch auf erweiterte pflegerische Versorgung besitzen. Politik, die gerecht und solidarisch ist, organisiert und finanziert bedarfsgerechte menschenwürdige Pflege.

In den stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten sich beispielsweise gegen Fehlverhalten von Leistungserbringern und Warenanbietern zur Wehr zu setzen. Heimbewohnende und ihre Betreuungsbevollmächtigten haben lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Mitsprache-, Widerspruchs- und Kontrollrechte der Betroffenen oder ihrer Angehörigen über die von ihnen aufgebrauchten Mittel für Unterkunft und Verpflegung sind kaum wirksam.

Pflegerische Versorgung ist eine körperlich, seelisch und psychisch äußerst anstrengende und anspruchsvolle Arbeit, die hierzulande nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung.

Ursache bekanntgewordener Missstände, von Pflegenotstand, Fachkräftemangel und Unterfinanzierung sind gesellschaftliche Entwicklungen und politische Fehlsteuerung. Leistungen werden nach einem überholten Pflegebegriff vergütet. Begutachtungsverfahren erfassen den individuellen Bedarf an Pflege nicht. Geänderte Familienstrukturen und Erwerbsbiographien von Frauen verändern oftmals die Möglichkeiten, aber auch die Menschen mit Pflegebedarf selbst wollen nicht automatisch von Angehörigen pflegerisch versorgt werden, müssen es aber, wenn sie arm sind. Mini- und Midi-Jobs in der Pflege überwiegen statt regulärer und tariflich bezahlter Arbeitsplätze. Standards für eine qualitätsbezogene (Mindest-)Personalbemessung fehlen.

Menschen mit Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten.

Für DIE LINKE Gütersloh ist das Leitbild der Inklusion, das Recht auf soziale Teilhabe und Teilnahme Maßstab im Pflegebereich.

## **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Eine Weiterentwicklung kommunaler Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der Gesellschaft gewährleistet.
- Einsatz von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt entlastende, Gemeinde nahe, E-Health gestützte Systemische Intervention), die Hausbesuche machen.
- Persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe- / Freizeitmaßnahmen.
- Verbesserte Koordination der Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort. Kommunale Pflegekonferenzen sind so weiterzuentwickeln, dass alle Betroffenen und Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht, Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege- und Wohnberatung, Ombudsleute) dazu eingeladen werden, Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen.
- Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Sozialhilfe müssen mit den Menschen mit Pflegebedarf - beziehungsweise ihren Angehörigen oder gesetzlichen Vertretern - einen sachgerechten Informationsaustausch sicherstellen, dass die Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen bei anstehenden Entscheidungen nicht nur informiert, sondern an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.
- Einen gesellschaftlichen Dialog über menschenwürdige Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf zur Frage: Was ist uns eine zugewandte, respektvolle individuelle Pflege wert? (Veranstaltungen, Flyer, Pressearbeit, Anträge im Rat und in Ausschüssen)
- Unterstützende Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf und ihren Rechtsvertretern, wenn sie sich mit Beschwerden an DIE LINKE Gütersloh wenden, weil sie bei Heimaufsicht, Pflegekasse oder Amt für Arbeitsschutz nicht zum Ziel gekommen sind.
- Mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten streiten wir öffentlichkeitswirksam für diese Ziele - mit Berufsver-

bänden, Gewerkschaften, örtlichen Beschwerdestellen („Pflegerotrufe“), Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk, ‚Bündnis für gute Pflege‘, ‚Pflege geht jeden an‘, ‚An die Pflege denken‘ und anderen.

- Die Aufwertung der Pflegetätigkeit durch mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, wirksameres Beschwerdemanagement und Konsequenzen nach Überlastungs-, Entlastungs- oder Gefährdungsanzeigen durch Pflegekräfte.
- Abwerbung ausländischer Pflegefachkräfte lehnen wir ab, wenn dadurch Nachteile in den Herkunftsländern in der Pflege entstehen.

## **12. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit**

Damit wir leben können, wie wir wollen: Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, Sexismus und Menschenrechtsverletzungen verweisen auf Herrschaftsstrukturen, die es zu überwinden gilt. Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen die gleich guten Plätze auf der Titanic erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleich miser Bezahlung ausüben dürfen. Stärken wie soziale Kompetenzen aller Geschlechter und der Reichtum an Fähigkeiten und Fertigkeiten dürfen nicht nur gewinnbringend in Arbeits- und Verteilungskämpfen ausgebeutet werden.

Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben.

Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eine andere Verfügungsmacht über die vorhandene Zeit: Für Erwerbsarbeit, für die Familie, für Bildung

und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen entsprechenden existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen, das ein würdevolles Leben sichert, voraus.

Der sofortige und dauerhafte Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten, denn es ist ungerecht, dass eine Kitaerzieherin schlechter bezahlt wird als ein Automechaniker. Es ist nicht hinzunehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung noch immer zu Armutsrenten für Frauen beiträgt; in unseren Sozialsystemen ist eine veraltete und männlich geprägte Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in ihren heutigen Lebenslagen weiterhin ignoriert, Solidarität und Emanzipation verhindert.

Eine Neubewertung lässt sich nachhaltig anschieben durch eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen. Ein erster Schritt ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Wochenstunden hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern und es sind vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle zu etablieren.

Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen:

Quoten sind ein Mittel und kein Ziel, um die paritätische Beteiligung von Frauen zu sichern. DIE LINKE Gütersloh fordert Frauenquoten – nicht nur in Vorstandsetagen. Alle Politikbereiche haben ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Frauenerwerbsquote in gut entlohnten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist zu steigern. Die partnerschaftsabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit ist zu beenden.

Wirksamen Schutz vor Gewalt gegen Frauen:

Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist als Pflichtaufgabe anzuerkennen und verbindlich zu verankern. Sicherer, schneller, unbürokratischer und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäu-

sern und anderen Schutzräumen sowie Frauenberatungsstellen müssen Betroffenen unabhängig ihres körperlichen Zustandes, ihres Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation zugänglich sein.

Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind zudem Bestandteil internationaler Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat.

Homophobie und Ausgrenzung von LGBTTI (Lesben, Gay, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuel-le) bekämpfen:

DIE LINKE Gütersloh kämpft für eine echte Gleichstellung aller Partnerschaften und Menschen. Niemand darf aufgrund seiner Sexualität diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf es dringender Aufklärung und Hilfen in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit schon in der Schule stattfindet, da, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden. Wir wollen, dass homo- oder bisexuell fühlende Jugendliche Hilfe in der Schule oder Kommune finden, Hilfe, die auch den Eltern der Jugendlichen zur Verfügung stehen muss.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten.
- Die Förderung von Treffpunkten für Mädchen.
- Die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule.
- Ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen.
- Besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort, unter anderem bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.
- Weiterentwicklung des Prinzips Gender Mainstreaming mit entsprechenden Zielvorgaben.
- Einführung des Gender Budgets nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

- Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung.
- Die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen.
- Die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den Verwaltungen.
- Die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte, Frauen in kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern.
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen.
- Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen in finanziellen Notlagen.
- Eine sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, Frauenparkplätze, Notruf-einrichtungen ...)
- Eine Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und Selbstbestimmung. LGBTTI-Menschen sind keine schlechteren oder besseren Menschen.
- Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen, und somit den Abbau von Diskriminierung und Mobbing fördern. Dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren und andere Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich.
- Die Überprüfung und Abschaffung homophober Schulbücher und dazugehörigen Lehrmaterials.
- Den Ausbau von regelmäßigen Treff- und Beratungsstellen (auch telefonisch und anonym) zu forcieren. Es müssen Lösungen für Probleme im Bereich von Coming out, Gewaltübergriffen, Mobbing und Ähnlichem bereitgestellt werden.
- Kostenlose Bereitstellung von Kondomen und Gleitmittel.
- Es bedarf einer breiten Aufklärung über Geschlechtskrankheiten und HIV auch in der heterosexuellen Bevölkerung.



- Obdachlosen jungen Strichern Unterkünfte mit einer qualifizierten Betreuung bieten.

### **Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander aller Kulturen.**

DIE LINKE Gütersloh steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbst bestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Integration bedeutet für uns Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe.

Integration kann nur gelingen, wenn sie vor Ort gemeinsam gestaltet wird. Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können.

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Integrationsarbeit ist daher eine Pflichtaufgabe in der Kommune. Mangelnde Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Segregationstendenzen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund erschweren die Integration.

Asylsuchende, Geduldete und Illegale sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften, sie erhalten oft nicht einmal die vom Verfassungsgericht als viel zu gering kritisierten Zahlungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz, sondern werden mit Gutscheinen oder Essenspaketen abgespeist. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Gesellschaftliche Teilhabe wird ihnen so verwehrt.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Die Gleichstellung des Integrationsbeirates mit anderen Ratsausschüssen.
- Die Einbeziehung von Migranten- und Migrantinnen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidung und die Politik der Kommune.
- Ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept zur Verhinderung einer sozialkulturell bedingten Trennung.
- Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit.

- Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen.
- Die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund.
- Die Förderung der antirassistischen Arbeit in Schulen.
- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen.
- Die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.
- Die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Kommunalverwaltungen entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung.
- Die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle.
- Die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und die Abschaffung von Sammelunterkünften. Keine Sach- statt Geldleistungen.
- Den Zugang zu Bildung und zu einer Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Geduldete und Illegale.
- Die Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für Asylsuchende, Geduldete und Illegale.
- Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit.
- Die Einbeziehung der Kindern und Jugendlichen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in das Bildungs- und Teilhabepaket.
- Die Einrichtung von Härtefallkommissionen für Flüchtlinge, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und Migranten wenden können.
- Die Abschaffung von schikanösen „Sicherheitsmaßnahmen“ in den Ausländerbehörden.

- Die Erstellung eines Konzepts zur Legalisierung (Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung) von Illegalen.

### **13. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

Rund zehn Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich.

Das derzeitige gegliederte Schulsystem verhindert eine konsequente Inklusion. Kinder im Alter von zehn oder zwölf Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen, widerspricht dem Konzept der Inklusion. Derzeit werden etwa eine halbe Million Förderschülerinnen und -schüler in Deutschland separat unterrichtet. 75 Prozent von ihnen erreichen nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Daher sind immer noch viele Menschen mit Behinderungen ausgesondert: Sie lernen in den genannten Förderschulen, arbeiten in speziellen Werkstätten, Reisen in Behindertengruppen oder werden in Heimen „untergebracht“. Das ist nicht nur diskriminierend für die Betroffenen, es ist auch eine verpasste Chance für die gesamte Gesellschaft.

Es gilt, diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen zu überwinden.

DIE LINKE Gütersloh unterstützt das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Grundlage und Maßstab bildet die UN-Behindertenrechtskonvention. Der darin festgeschriebene Inklusionsgedanke bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

#### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene.

- Ab sofort keine neuen Barrieren zu errichten und bestehende Barrieren jeglicher Art in allen Lebensbereichen energisch abzubauen. Dabei sollten spürbare Sanktionen bei Zuwiderhandlung, aber auch Investitionsprogramme oder Fördermöglichkeiten vereinbart werden.
- Bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase sowie in jedem gesellschaftlichen Zusammenhang.
- Eine reibungslose und personenorientierte Leistungserbringung, eine flächendeckende, sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur, einschließlich unabhängiger Beratung. Den Rechtsanspruch eines Kindes auf ganztägige, gebührenfreie inklusive Betreuung in Kindertagesstätten rechtlich festzuschreiben.
- Barrierefreiheit von Kommunikations- und anderen Diensten.
- Die Kommunen müssen Inklusionsbeauftragte ernennen, die in allen Fragen der örtlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen. Die Verwaltungen sollen amtsübergreifende Inklusionsteams bilden und die notwendige Qualifizierung ihrer Beschäftigten sicherstellen.
- Die Organisation und Vertretungen der Menschen mit Behinderungen müssen gehört und ihre Anliegen vor Ort berücksichtigt werden.
- Inklusion im Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung – die Aussonderung muss beendet werden.
- Die Städte und Gemeinden müssen sicherstellen, dass Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere aber Notdienste barrierefrei nutzbar sind.
- Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt und Unterstützung bei der Arbeitssuche ist Aufgabe der Kommunen und ihrer Zweckverbände, der Landschaftsverbände.
- Sondereinrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen die dort tätigen Menschen auf reguläre Beschäfti-

gung vorbereiten. DIE LINKE Gütersloh will verhindern, dass diese Menschen auf Dauer als billigste Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden; auch Menschen mit Behinderungen müssen einen Mindestlohn von 10 Euro erhalten.

#### **14. Altern in Würde.**

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert.

Wie jeder andere Lebensabschnitt beinhaltet auch das Alter eigene Ansprüche und Bedürfnisse. Alter ist nicht auf Rente, Pflege und Gesundheitskosten zu reduzieren.

Die Mitgestaltung von selbstbestimmtem Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in der Kommune fordert DIE LINKE Gütersloh die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Folgen der Rentenkürzung und Gesundheitsreform).

Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt werden. Die Sicherung der Altenpflege muss in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

Der Propaganda vom „demographischen Wandel“ als gesellschaftlichem Problem und allen Formen von Altersdiskriminierung tritt DIE LINKE Gütersloh entschieden entgegen.

#### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld.
- Die Anerkennung und Förderung des nachbarschaftlichen Ehrenamts, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik.
- Bedarfsgerechten (barrierefreien) Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen.

- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften.
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können (Mehrgenerationenhäuser).
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV.
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen und Gemeinden (Einflussnahme auf Einzelhandelskonzepte).
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht. Berufung der Heimaufsicht durch Verwaltung unter wesentlicher Mitwirkung des Seniorenbeirates.
- Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben.
- Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst.
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen ...).

## **15. Für eine kommunale Friedenspolitik!**

In den internationalen Beziehungen setzt Deutschland zunehmend auf militärische Eskalation und ist von einer friedlichen Außenpolitik weit entfernt. Deutschland ist weltweit drittgrößter Waffen-Exporteur. Diese Waffen machen es möglich, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. Waffen exportierende Länder tragen eine Mitverantwortung für die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen.

Die Militarisierung der Außenpolitik ist längst auch in Städten und Landkreisen angekommen. So tritt die Bundeswehr zunehmend in Gütersloh öffentlich auf. Sie führt auf Straßen, Plätzen und Schulen Info- und Rekrutierungsveranstaltungen durch und nimmt an Stadtfesten teil. Noch immer hat die Bundeswehr Zugriffe auf die Meldedaten von Jugendlichen. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit hat sie im Rathaus Einzug gehalten. Sie will sich vor Ort als Teil einer Stadtgesellschaft präsentieren.

Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschif-

fen sollen die Verbundenheit der Kommunen mit der Bundeswehr stärken. Dadurch soll in den Kommunen das Militärische zum Normalfall werden. Dabei wird oft auch an alten militaristischen Traditionen und am kolonialistischen Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden bis heute in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmäler gepflegt, Straßen und Plätze tragen Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern der Kaiserzeit und des 1. Weltkriegs.

DIE LINKE Gütersloh ist Teil der Friedensbewegung. Wir sind gegen Bundeswehreinsätze mit ihren Kosten und Folgekosten und gegen Rüstungsprojekte.

Die Stadt Gütersloh betont oft ihre Weltoffenheit. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich dem Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verpflichtet. Sie sind aktiv in Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, in Partnerschaftsvereinen oder Schulpartnerschaften oder engagieren sich in Menschenrechtsaktivitäten.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Den Ausbau von Städtepartnerschaften, um die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken.
- Ein kriegswaffenfreies Stadtgebiet.
- Die Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichen Denkmälern und die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach Militaristen und Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen.
- Die Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Gütersloh.
- Eine umfassende Unterrichtung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr.
- Die frühzeitige Information und Beteiligung der Bevölkerung im Falle der Stilllegung und Konversion des britischen Flugplatzes und der Kasernen. Durch Konversionsprogramme muss Gütersloh Beratung und finanzielle Unterstützung erhalten.

- Die Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen herstellen oder keine Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur Herstellung von Rüstungsgütern betreiben.
- Keine Kriegsberatung und -logistik durch Gütersloher Firmen und Einrichtungen. Keine Planung und Logistik von Kriegs- und Militäreinsätze von Gütersloher Boden aus.

## **16. Kommunale Demokratie:**

Für den Ausbau kommunaler Demokratie! Mehr Bürgerbeteiligung, Transparenz, Information und Offenheit.

DIE LINKE Gütersloh setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ein. Doch dies ist ohne direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz vor Ort undenkbar. Deshalb werden Fraktionssitzungen der Partei DIE LINKE Gütersloh grundsätzlich beteiligungsoffen gestaltet.

Die Streichung der 5-Prozent-Hürde in der Gemeindeordnung war ein wichtiger Sieg. Doch immer noch enthält sie Bestimmungen, die den Wegfall der Hürde nicht konsequent umsetzen. Dies gilt z. B. für die Besetzung von Ausschüssen, Aufsichtsratsgremien, Beteiligungsgesellschaften etc. Das erforderliche Stimmrecht geht bis zur Landschaftsverbandsordnung. Die Möglichkeiten zur Durchführung von „Bürgerentscheiden“ wurden unter Mitwirkung der LINKEN im Landtag NRW gestärkt. Aktiv wollen wir nun die Möglichkeiten der direkten Demokratie, die sich durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bieten, nutzen. Hiermit bietet sich Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu einer eindeutigen Willensbildung und -äußerung.

DIE LINKE Gütersloh will in den Kommunen dem Willen und den Interessen der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner Geltung verschaffen und besonders jene unterstützen, die bisher von anderen Parteien und Gruppierungen nicht hinreichend politisch berücksichtigt worden sind und deshalb kaum über Einfluss und Druckmittel verfügt haben. DIE LINKE Gütersloh versteht sich im Besonderen als Sprachrohr und Interessenvertretung für arme und finanzschwache Menschen in Gütersloh.



Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von kommunaler Politik auch deshalb nicht angesprochen, weil vorwiegend gut situierte Bürgerinnen und Bürger von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Dann werden Entscheidungen getroffen, die nicht der Allgemeinheit, sondern der Befriedigung privater Interessen dienen. DIE LINKE Gütersloh wird jeden kommunalen „Klüngel“, den wir entdecken, öffentlich machen.

DIE LINKE Gütersloh wird dabei auch nicht-konventionelle Formen politischen Protests anwenden. Für uns ist klar: Wenn auf Kosten der Mehrheit Beschlüsse für einzelne Gruppen, Firmen oder Konzerne gefasst werden sollen, werden wir die Öffentlichkeit informieren und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dagegen mobilisieren.

DIE LINKE Gütersloh lehnt Verwaltungsstrukturreformen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben führen, zur Verlagerung von nicht gegenfinanzierten Lasten auf die Kommunen oder ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. Aufgabenkritik muss sich an Verbesserungen für die Einwohnerinnen und Einwohner orientieren und unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, Personalvertretungen und Gewerkschaften stattfinden.

### **DIE LINKE Gütersloh tritt ein für:**

- Die deutliche Senkung von Quoten bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. Kommunalverwaltungen müssen demokratische Bürgeranträge und Bürgerbegehren unterstützen und nicht behindern, wie zuletzt immer wieder im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt geschehen.
- Service statt Ablehnung als Markenzeichen von Verwaltungen im Umgang mit Bürgerinitiativen.
- Die Möglichkeit von Bürgeranträgen und Bürgerbegehren bei allen politischen Aufgaben der Kommune, auch bei haushaltsrelevanten Fragen.
- Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen.
- Den Ausbau des öffentlichen Sitzungsteils des Stadtrates, auch bei Beschlüssen und die Online-Übertragung aus dem Ratssaal.
- Offenlegung Mandats bezogener Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z. B. in Aufsichtsratsgremien oder von Managergehältern

in städtischen Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung.

- Die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunal-politischen Handlungsfeldern und bei städtischen Beteiligungsunternehmen. Dies umfasst z. B. Fahrgastbeiräte, Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern.
- Unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern, Einwohnerinnen und kommunalen Gremien verringert werden.
- Einbindung und Beteiligungsrecht, auch kleiner Fraktionen, in alle Aufsichtsratsgremien und städtischen Beteiligungsunternehmen.

## **17. Für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen vor Ort**

Die Kommunen sind keine Idylle, kein herrschaftsfreier Raum. Das Leben in der Kommune wird zunehmend von der kommunalen Unterfinanzierung und dem damit verbundenen Kürzungswahn bestimmt. Das gesamte Leben wird damit den Erfordernissen der selbst auferlegten Schuldenbremse, Markt- und Konkurrenzgesetzen sowie privaten Profitinteressen untergeordnet.

Die kommunale staatliche Selbstverwaltung ist und wird immer mehr substantiell ausgehöhlt. Die Kommunen werden seit Langem finanziell ausgeblutet. Wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Produktionsformen, kulturelle Handlungsfähigkeit und kommunale Selbstbestimmung gehen verloren.

DIE LINKE Gütersloh ist angetreten, sich mit dieser unsozialen und undemokratischen Entwicklung nicht abzufinden. Sie unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt die Interessen auf, die hinter diesen vermeintlichen Zwängen wirklich stehen, und will diese Verhältnisse im Interesse der Menschen verändern.

DIE LINKE Gütersloh kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbstbestimmtes Leben.

DIE LINKE Gütersloh ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. DIE LINKE Gütersloh will die Demokratisierung der Demokratie.

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Wir wollen partnerschaftlich mit den Menschen vor Ort Entscheidungen treffen.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt.

DIE LINKE Gütersloh wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Und dies wollen wir gemeinsam mit allen Menschen tun, die eine andere und bessere Art von Leben anstreben.

Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- Widerstand und Protest,
- den Anspruch auf Gestaltung sowie
- über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen.

Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen einer Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune nicht allein lösen. Erst wenn ein bundespolitischer Politikwechsel eingeleitet worden ist, bestehen in der Kommune ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem Weg dorthin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und auch damit den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel vorantreiben.

Wir wollen, auch gemeinsam mit gesellschaftlichen Selbstorganisationen, dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Bewegungen aufgreifen und mit unseren zusätzlichen, auch parlamentarischen Möglichkeiten unterstützen. Unsere Mitglieder werden hierbei aktiv mitarbeiten.

Gerade in den Kommunen wird nur etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verändern sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt.

Unsere Praxis beweist: Die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN Gütersloh im Rat und in kommunalen Vertretungskörperschaften wollen sich nicht bereichern oder persönlich glänzen, sie beteiligen sich nicht an prinzipienlosem Kuhhandel, sondern sie engagieren sich für unsere Forderungen an der Seite der Bevölkerung.

**Insgesamt zielt unsere Politik darauf ab,  
hier und heute die  
Lebenslage der Menschen zu verbessern.**

**DIE LINKE. STADTVERBAND GÜTERSLOH**

**Postfach 2305, 33253 Gütersloh**

**Ludger Klein-Ridder, 0160 8067333**

**Manfred Reese, 0151 17982838**

**E - Mail: [info@die-linke-guetersloh.de](mailto:info@die-linke-guetersloh.de)**

**[www.die-linke-guetersloh.de](http://www.die-linke-guetersloh.de)**